

„Der Steuer-Wahn“

Dieser „Spiegel“ – Titel der ersten Dezemberwoche reiht sich nahtlos ein in die Stimmungsmache der letzten Monate. In Übereinstimmung mit fast allen Medien und den RepräsentantInnen verschiedener Parteien breitet das Blatt deren Botschaft vor uns aus: Wir alle zahlen viel zu viele Steuern, und jetzt sollen wir alle noch viel mehr als bisher an den Staat abtreten – bis zum letzten Hemd.

Leider geht diese Aussage an der Realität völlig vorbei. Noch nie wurden in der Bundesrepublik (anteilmäßig) so wenig Steuern bezahlt wie im Jahre 2002. Die Steuerquote, die angibt, wieviel Prozent des BIP der Staat insgesamt als Steuern einnimmt, schwankte seit 1970 bis zum Jahr 2000 immer zwischen knapp 22 und 25 Prozent. Dann kam Rot-Grün mit Ihrer Steuerreform und dem Ergebnis, dass nach 23% im Jahr 2000 im folgenden Jahr noch 21,6 und 2002 gar nur noch 20,8* Prozent des erwirtschafteten Wertes an den Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben abgeführt werden mussten. Dieser Rückgang der Quote innerhalb von nur 2 Jahren um 2,2 Prozentpunkte ist rekordverdächtig.

Konkret: Wäre die Steuerquote des Jahres 2000 beibehalten worden, dann hätten die öffentlichen Haushalte im Jahr 2002 ca. 46,5 Mrd. Euro mehr zur Verfügung gehabt. Das bedeutet: es gäbe keine Diskussion um angeblich notwendige „Sparmaßnahmen“, es könnte sogar noch einiges zum Schuldenabbau auf die Seite gelegt und Schluss gemacht werden mit der immer weitergehenden Verlagerung der finanziellen Probleme nach unten, zu den Kommunen. Übrigens: hätte die Steuerquote von 1980 heute noch Gültigkeit, dann kämen per Steuereinnahmen jährlich 71 Mrd. Euro mehr in die öffentlichen Kassen als im abgelaufenen Jahr...

Sollte der/die LeserIn dieser Zeilen nun vergebens nach den positiven persönlichen Auswirkungen der massiven Steuerentlastung Ausschau halten, so liegt dies mit einiger Sicherheit daran, dass sie/er nicht zur Schar der Begünstigten gehört – denn gleichmäßig auf alle verteilt oder gar denen bevorzugt zugestanden, die ein paar Euro mehr wirklich dringend brauchen könnten, werden die Steuer geschenke beileibe nicht.

**Millionäre zahlen
keine Steuern**

Dieses Prinzip deutscher Steuerpolitik - bereits unter Kohl recht dreist praktiziert - wurde mit leichten Korrekturen und einigen Schwerpunktverlagerungen von „Rot - Grün“ konsequent weitergeführt. Unter der Überschrift „weniger Staat“ fand eine stetige Reduktion der Staatseinnahmen zugunsten privater Einkommen und Vermögen statt, auch wenn damit die öffentlichen Haushalte zunehmend an die Wand gefahren werden. Waren es vor 1998 die „Besserverdienenden“, deren Privatvermögen durch milliarden schwere Steuergeschenke explosionsartig in die Höhe getrieben wurde („Millionäre zahlen keine Steuern“), so änderte „Rot-Grün“ die Haupttrichtung der Geschenke. Teilweiser Abbau der Steuersparmöglichkeiten für Privatpersonen gingen einher mit der Eröffnung bis dahin nicht dagewesener Steuer vermeidungsangebote für die Großunternehmen. Die Folge: Der faktische Wegfall der Einnahmen der sog. „Körperschaftssteuer“, die im Jahr 2000 noch über 23 Mrd. Euro einbrachte.

**Rot – Grün entlastet
Konzerne**

**Rückgang der Ge
werbsteuer um
16%**

Ein weiterer Teil der aktuellen Steuergeschenke an die Wirtschaft betrifft die Kommunen ganz direkt: die Einnahmen aus der Gewerbesteuer gingen als direkte Folge der Steuerreform von 2000 bis 2002 um 16% zurück. Und inzwischen befinden sich auch die privaten Steuersenkungsstrategien wieder auf dem Vormarsch. Zusammen mit der Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer spiegeln sich diese wieder in einem Rückgang der „veranlagten Einkommensteuer“ um 4,6 Mrd. Euro * innerhalb von 2 Jahren. (Näheres siehe Extra – Seite „die Geschichte

Zum Vergleich:

rechnerische Mindereinnahmen wegen verringerter Steuerquote	46,5 Mrd. EURO
Nettokreditaufnahme des Bundes 2001	14 Mrd. EURO ¹
gesamte Sozialhilfeausgaben aller Kommunen 2001	27 Mrd. EURO ²
3% des BIP (Maastricht – Kriterium)	62 Mrd. EURO

Quellen: ¹ Deutsche Bundesbank, ² Deutscher Städtetag

der steuerlichen Milliardengeschenke“ mit einer grafischen Darstellung der Entwicklung der Steuereinnahmen).

Diese rotgrüne Steuerpolitik führt eine Entwicklung fort, die seit Jahrzehnten festzustellen ist:

Die Belastung des Faktors Kapital wird ständig gesenkt - der Faktor Arbeit dafür immer stärker belastet.

Steuersenkungen führen nicht zu neuen Arbeitsplätzen, sondern zu wachsender öffentlicher Armut

Die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung der abhängig Beschäftigten hat sich in den letzten 40 Jahren mehr als verdreifacht, dagegen sank die steuerliche Belastung der Gewinn- und Vermögenseinkommen deutlich.: Im Jahr 2000 betrug sie nur noch ein Drittel dessen, was während des sog. „Wirtschaftswunders“ den Gewinnen zugemutet wurde. Die Nettoeinkünfte aus Gewinn- und Vermögenseinkommen sind deutlich schneller gewachsen als die der abhängig Beschäftigten. Entsprechend ging der Anteil der Nettolöhne der abhängig Beschäftigten am verfügbaren Volkseinkommen (Nettolohnquote) kräftig zurück, die Nettogewinnquote stieg auf etwa 30 Prozent.

Die Hintergründe

Hinter dieser massiven Entlastung der Kapitaleinkommen steht *einerseits* die Hoffnung, dadurch Wachstum und neue Arbeitsplätze zu erreichen. Doch diese Hoffnung trägt seit Jahrzehnten: der wachsende Reichtum von Unternehmen und Privatpersonen kommt kaum der gesamten Gesellschaft zugute. Steuersenkungen führen – so zeigen es die letzten Jahrzehnte überdeutlich – nicht zu neuen Arbeitsplätzen, dafür ganz offensichtlich zu wachsender öffentlicher Armut.

Andererseits ist sie Ausdruck eines seit Jahren festzustellenden ruinösen Steuersenkungswettlaufs der Industrieländer. Seit Anfang der 80er-Jahre spielen die deutschen Regierungen in diesem Wettlauf allerdings nicht gerade die Rolle eines Bremsers. Die steuerliche Belastung insbesondere der Großunternehmen fiel in Deutschland deutlich schneller als in vergleichbaren Ländern. Und auch die Kapitalbesteuerung wurde in Deutschland wesentlich stärker gesenkt als beispielsweise in Großbritannien und den USA. Umgekehrt wuchs in Deutschland die durchschnittliche Besteuerung der Arbeitseinkommen überdurchschnittlich und erreichte deutlich höhere Werte als in den USA oder Großbritannien. Auf den erwünschten Nutzen wartet die deutsche Wirtschaft noch immer vergeblich.

Ein wesentlicher Grund für den Steuersenkungswettbewerb findet sich in der Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte. Diese von den Industriestaaten unter der Behauptung der Förderung eines „wachsenden Wohlstands für alle“ vorangetriebene Entwicklung führte zu lukrativen Steueroasen und wachsendem Druck auf die OECD-Länder, die Besteuerung von Kapital, Unternehmen und Großverdienern zurückzufahren. Die Mehrwertsteuersätze, sowie die von allen BürgerInnen zu zahlenden kommunalen Abgaben zeigen einen gegenläufigen Trend. Dies alles ist Teil einer umfassenden fiskalische Umverteilung von unten

Der internationale Steuerwettbewerb nahm ruinöse Züge an

nach oben.

...und die Konjunktur?

Natürlich hat auch die schwache Konjunktur und steigende Arbeitslosigkeit ihren Anteil als Ursache rückläufiger staatlicher Einnahmen. Angesichts der vorliegenden Zahlen sind diese Gründe allerdings als eher zweitrangig einzustufen. Umgekehrt jedoch gibt die Entwicklung Anlass zu größter Besorgnis: wenn viele Milliarden jährlich – wie es derzeit geschieht – den öffentlichen Haushalten entzogen und in die Aktiendepots und Geldkonten von Firmen und Privatleuten umgelenkt werden, dann führt dies fast zwangsläufig zu einem nicht unerheblichen Rückgang öffentlicher Investitionen. Unter ausbleibenden öffentlichen Aufträgen leidet ein Teil der Wirtschaft, insbesondere der Mittelstand, in der Tat zunehmend. Dass darüber hinaus zum Haushaltsausgleich gerade noch den sozial Benachteiligten Leistungen massiv gekürzt werden (Beispiel Arbeitslosenhilfe), verringert die Kaufkraft gerade derjenigen, die erfahrungsgemäß ihr Geld nicht horten, sondern ausgeben.

Als Fazit bleibt: eine Stärkung der Konjunktur erreicht man so nicht; fast sicher das Gegenteil. Zumal die ebenfalls mit Sparmaßnahmen begründete Erhöhung der Arbeitslosigkeit durch Abbau öffentlicher Arbeitsplätze die Situation zusätzlich verschärft: ausfallende Steuern und Sozialabgaben der dann Arbeitslosen und weitere Kosten der Arbeitslosigkeit belasten die öffentlichen Haushalte tatsächlich.

Ohne eine radikale Wende wird sich die Situation in Bund, Ländern und Gemeinden in den nächsten Jahren massiv weiter verschlimmern. Anstelle der alten, immer gleichen Rezepte, die zu immer mehr Arbeitslosigkeit und zunehmender Spaltung der Gesellschaft geführt haben, muss der Mut aufgebracht werden, (für manche) unbequeme Wege zu beschreiten: entsprechend ihrer Wirtschaftskraft und ihrem Vermögen oder gar Überfluss müssen diejenigen wieder mehr zur solidarischen Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben herangezogen werden, die durch eine geringfügig höhere Besteuerung nicht in Existenznöte geraten.

die Geschichte der steuerlichen Milliardengeschenke

Dass „Millionäre keine Steuern mehr zahlen“ war Mitte der 90er-Jahre eine der allseits bekannten Auswirkungen Kohl'scher Steuerpolitik mit ihrer einseitigen Begünstigung der „Besserverdienenden“ in dieser Republik. Drastisch die Auswirkung auf die öffentlichen Kassen:

- die „veranlagte Einkommensteuer“, in der vor allem die Steuerzahlungen und Rückzahlungen aufgrund von Steuer-

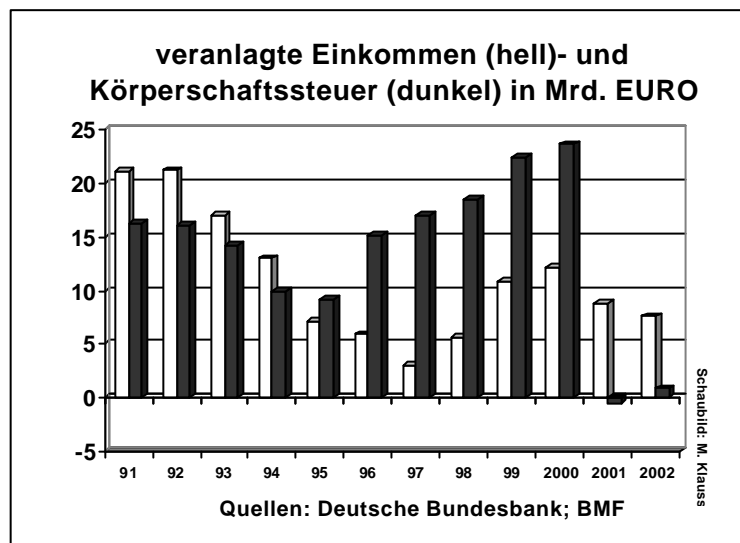
vergünstigungen von gutverdienenden Privatpersonen zu Buche schlagen, schrumpfte von 21 Mrd. Euro (über 40 Mrd. DM) Anfang der 90er-Jahre auf einen Restposten von knapp 4 Mrd. Euro (1997) zusammen (siehe Schaubild). Allein wegen dieser massiven Steuerausfälle sank die gesamte Steuerquote auf einen Minimalwert von knapp 22% im Jahr 1997 (siehe Grafik auf Seite 1).

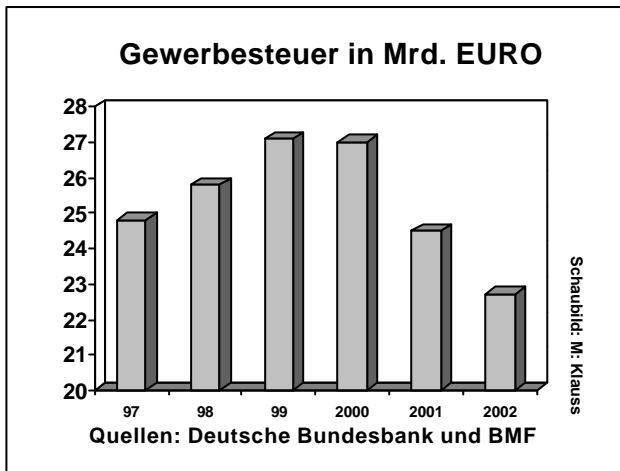
Diese Ungerechtigkeit abzuschaffen zu wollen war erklärte Absicht grüner und sozialdemokratischer PolitikerInnen vor der 98er-Wahl. Tatsächlich wurde eine radikale Kehrtwendung nach gewonnener Wahl angekündigt – die danach allerdings nur bruchstückhaft in die Praxis umgesetzt wurde. Der Mut schien die Leute schnell verlassen zu haben mit dem Resultat, dass die Steuerzahlungen der begüterten Privatleute zwar anstiegen, aber kaum mehr als die Hälfte der früheren Werte erreichten. Ab 2001 ist wiederum ein deutlicher Abwärtstrend zu beklagen, was auf eine wieder zunehmende Inanspruchnahme von Steuervergünstigungen und nicht zuletzt auf die Senkung des Spitzensteuersatzes durch „Rot-Grün“ zurückzuführen ist.

Nicht genug der unvollständigen „Reparaturen“ Kohl'scher steuerlicher Untaten ersannen die an die Regierung gekommenen rot-grünen „ExpertInnen“ neue, ungeahnte Steuergeschenke in bis dahin nicht dagewesenem Ausmaß:

- die Körperschaftssteuer, die ausschließlich von Großunternehmen zu bezahlen ist, wurde im Rahmen der Steuerreform neu geregelt. Dabei wurden nicht nur die Steuersätze massiv gesenkt, sondern auch Regelungen getroffen, nach denen (aufgrund unterschiedlicher Steuersätze für einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne) „zuviel“ gezahlte Steuern der letzten Jahre mit anfallenden aktuellen Zahlungen verrechnet werden konnten. Folge: im Jahr 2000 hatten die Einnahmen aus dieser Quelle noch gut 23 Mrd. Euro (46 Mrd. DM) betragen – seither ist sie im Ergebnis quasi abgeschafft (siehe Schaubild). Auch die Tatsache, dass der größte Teil dieser Steuergeschenke sich in den Taschen der Anteilseigner wiederfindet (und eben nicht in erhöhten Investitionen), wo sie eigentlich zu entsprechenden Mehreinnahmen bei der Kapitalertragssteuer hätten führen müssen, gleicht im Ergebnis – was die gesamten Steuereinnahmen angeht – diese Ausfälle nur zu einem geringen Teil wieder aus.

Ohne eine radikale Wende wird sich die Situation in Bund, Ländern und Gemeinden in den nächsten Jahren massiv weiter verschlimmern





Bund und Länder abzugeben haben mit der Begründung, durch diese Steuerreform würde das Gewerbesteueraufkommen der Gemeinden steigen...

Was in den nächsten Jahren zu erwarten ist,

lässt sich nur schätzen. Das Bundesfinanzministerium erhofft bei der Körperschaftssteuer eine Zunahme in 2003 um 6 Mrd., bei der veranlagten Einkommensteuer dagegen 2 Mrd. weniger, und, was die Gewerbesteuer angeht, nahezu Gleichstand*. Beim „Institut der deutschen Wirtschaft“ (iwd Nr. 33/02), dem erfahrungsgemäß stets sehr daran gelegen ist, aufzuzeigen, wie sehr die Wirtschaft unter der „viel zu hohen“ Steuerlast leidet, geht man in den nächsten Jahren von jährlich ca. 3 Mrd. mehr Körperschafts-, bzw. 1,2 Mrd. mehr Gewerbesteuer und kaum erhöhter veranlagter Einkommen - Steuer aus. und „Der Spiegel“ (Nr. 5/2002) berichtet, dass „deutsche Unternehmen nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums sogenannte „Verlustvorträge“ in Höhe von ca. 240 Mrd. Euro vor sich herschieben - heben sie diesen Schatz in den nächsten Jahren, um ihn mit ihren Gewinnen zu verrechnen, so drohen weitere Steuerausfälle von bis zu 60 Mrd. Euro.

Kein Kurswechsel in Sicht

Wieweit die rotgrüne Regierung derzeit von einem Kurswechsel entfernt ist, zeigt die Ankündigung der sog. „Zinsabschlagsteuer“ in Höhe von 25% auf Kapitalerträge. Eingeführt zur Abwehr der Forderungen nach der Wiederbelebung der Vermögenssteuer (mit der sie inhaltlich rein gar nichts zu tun hat) hätte diese neue Steuer bezeichnenderweise nur einen absolut gesicherten Effekt: die Halbierung der Steuerbelastung auf Geldvermögenseinkünfte für all jene MitbürgerInnen, die aufgrund überdurchschnittlich hoher Einkünfte für einen Teil des Einkommens den Spitzensteuersatz zu zahlen haben. Alles andere, einschließlich der angekündigten vielen zusätzlichen Steuermilliarden von reumütigen Kriminellen ist reine Spekulation.

Dieser Text ist ein Auszug aus einem Info der Freiburger

Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Frauen & Linke Liste

Tel.Nr.: 201-1870 in den Bürozeiten Di 15-18, Mi 15Uhr 30 - 18 Uhr und Do 14 bis 17 Uhr

e-Mail : fraktion-uf-ll@stadt.freiburg.de / Webseite: www.fraktion-uf-ll.de

vom Februar 2003

V.i.S.d.P Martin Klaus, Freiburg

*Die Zahlenangaben für 2002 entstammen der offiziellen Steuerschätzung des BMF vom November 2002